Ä15 Leitantrag: Berlin in unseren Händen

Antragsteller*in: Franka Bechatzek, Marlene Radtke (KV Grüne Jugend Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 83 bis 94:
Zusammenarbeit mit ‚Widersetzen' aber nicht enden. Den Rechtsruck können wir nur mit breiten Mehrheiten kontern, weshalb unser Protest auf den Straßen bleibt.

Gemeinsam gegen den Rechtsruck

~~Im digitalen Raum bestimmen einige wenige, was Nutzer*innen vom politischen Diskurs zu sehen bekommen. Hier sehen wir ein immenses Ungleichgewicht an Fakten und emotionalisierenden Bildern und Schlagzeilen. Weder vom Vertuschen von AfD-Mehrheiten in Landtagen oder Bezirksparlamenten durch Hetzkampagnen gegen Rot-Grün-Rot, noch von der Diskreditierung von Schüler*innenprotesten lassen wir uns einschüchtern. Kürzungen in Bildung und Jugendarbeit passieren weiter. Annäherungen an eine Wehrpflicht werden nicht mehr öffentlich diskutiert, sondern hinter geschlossenen Türen. Das geht nicht an uns vorbei. Als Verband mobilisieren wir zu Demos, organisieren selbst und machen auf unseren Kanälen sichtbar, was andere lieber im Stillen beschließen würden.~~

Der gesellschaftliche Rechtsruck stellt uns auch in Berlin vor große Herausforderungen. Rechte und rechtsextreme Positionen gewinnen an Sichtbarkeit und beeinflussen zunehmend politische Debatten. Gleichzeitig geraten demokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen unter Druck. Für uns ist deshalb klar, dass der Kampf gegen den Rechtsruck nicht allein im Parlament geführt werden kann, sondern auch auf der Straße und im gesellschaftlichen Alltag stattfinden muss. Demokratie zu schützen und ihre Feinde zu bekämpfen ist für uns unverhandelbar und die Prüfung eines AfD-Verbots ist überfällig.Wir wollen uns gemeinsam mit anderen demokratischen Akteur*innen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung stellen und für eine solidarische Gesellschaft eintreten.

Unsere Zukunft ist nicht verhandelbar

Der gesellschaftliche Rechtsruck zeigt sich nicht nur auf der Straße und in den Parlamenten, sondern auch in der öffentlichen Debatte und in politischen Entscheidungen, die insbesondere junge Menschen betreffen. Deshalb wollen wir uns auch jenseits unserer bisherigen Schwerpunkte gegen Entwicklungen stellen, die gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Mitbestimmung einschränken. Im digitalen Raum bestimmen einige wenige, was Nutzer*innen vom politischen Diskurs zu sehen bekommen. Hier sehen wir ein immenses Ungleichgewicht zwischen Fakten und emotionalisierenden Bildern und Schlagzeilen. Gezielte Desinformationen und die Diskreditierung politischer Protestbewegungen erschweren eine demokratische Auseinandersetzung. Wir wollen diesen Entwicklungen mit politischer Aufklärung und einer starken eigenen Öffentlichkeitsarbeit begegnen.

Gleichzeitig dürfen wir nicht hinnehmen, dass ausgerechnet bei jungen Menschen gespart wird. Kürzungen in Bildung und Jugendarbeit passieren weiter. Sie schränken Bildungsangebote, soziale Teilhabe und die Möglichkeiten junger Menschen ein, ihre eigene Zukunft mitzugestalten. Deshalb stellen wir uns gegen weitere Kürzungen und setzen uns für eine auskömmliche Finanzierung von Bildung und Jugendarbeit ein.

Auch die Debatte um eine mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht betrifft junge Menschen unmittelbar. Annäherungen an eine Wehrpflicht werden zunehmend ohne ausreichende Beteiligung derjenigen diskutiert, die von ihr betroffen wären. Wir wollen, dass junge Menschen selbst über ihre Zukunft mitbestimmen können, und stellen uns gegen die Wiedereinführung einer verpflichtenden

Wehrdienstleistung.

Als Verband mobilisieren wir zu Demos, organisieren selbst und machen auf unseren Kanälen sichtbar, welche politischen Entscheidungen die Zukunft junger Menschen betreffen und wie wir gemeinsam Einfluss darauf nehmen können.

Wir wollen die kommenden Jahre nutzen, um unsere politischen Forderungen nicht nur in parlamentarische Debatten einzubringen, sondern gemeinsam mit sozialen Bewegungen und Bündnispartner*innen konkrete Veränderungen zu erkämpfen. Dafür braucht es einen starken, handlungsfähigen Verband, der politische Auseinandersetzungen führt, junge Menschen organisiert und auch gegenüber einer progressiven Regierung kritisch und unabhängig bleibt. Unser Berlin gestalten wir nicht allein im Abgeordnetenhaus, sondern vor allem gemeinsam mit den Menschen, die jeden Tag für eine gerechtere Stadt kämpfen.

Begründung

Das Thema Rechtsruck ausführlicher erklären und aufschlüsseln. Außerdem einen klareren Abschluss finden.